

Dass Biber nicht überall und unter allen Umständen toleriert werden können, zeigen die zahlreichen und langjährigen Erfahrungen aus den Nachbarländern. Es wird eine Herausforderung bleiben, die fleissigen Nager und Landschaftsgestalter in gewünschte Bahnen zu lenken. Massnahmen zum Schutz von Dämmen und anderen Infrastrukturen müssen getroffen und finanziert werden.

Naturschutz gilt auch für Biber

In der Geschichte haben Biber grosse Beiträge zur Artenvielfalt geleistet, von denen wir bis heute profitieren. Wo immer tolerierbar, sollten wir sein Wirken zulassen und die ihm in der Regel nachfolgende Vielfalt schätzen. Gerade innerhalb von Naturschutzgebieten muss ihm ein Platz im Artengefüge zugestanden werden. Hier ist dem Schutzgedanken und der Einhaltung der Schutzziele Rechnung zu tragen. Allfällig gefährdete Infrastrukturen wie beispielsweise Dämme, müssen in solchen Gebieten durch Massnahmen geschützt werden. Dafür wird sich die LGU einsetzen. Es kann nicht sein, dass künftig in Naturschutzgebieten wie Schwabbrünnen/Äscher regelmässig Biber getötet werden müssen.

Lebensräume und vernetzende Strukturen für gefährdete Amphibien- und Reptilienarten

Zahlreiche Lebensräume konnten im vergangenen Vereinsjahr durch die Schaffung von Kleingewässern und Kleinstrukturen aufgewertet werden. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem Reptilien- und Amphibienexperten Jürgen Kühnis umgesetzt. Vor allem in den Deponien Vaduz und Triesen wurden Massnahmen realisiert, die gefährdeten Zauneidechsen und bedrohten Amphibienarten, wie der Gelbbauchunke zu Gute kommen. Die LGU bedankt sich an dieser Stelle bei Jürgen Kühnis für seinen unermüdlichen Einsatz und den Gemeinden Vaduz und Triesen für die Unterstützung bei der Umsetzung.

Kleingewässer auf Deponiearealen sind wichtige Lebensräume für bedrohte Amphibien

Junge Erdkröte

Die LGU setzt sich für den Erhalt, die Verbesserung und die Vernetzung wertvoller Lebensräume für Tiere, Pflanzen und Menschen ein.

Wo immer möglich bringt sie sich dafür konstruktiv in Prozesse ein.

Sie führt einen offenen und ehrlichen Dialog

mit zuständigen Behörden und Betroffenen.

